

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ [europa@region-frankfurt.de](mailto:europa@region-frankfurt.de)  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

02.07.2020

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Ratspräsidentschaft: Programm Deutschland, Portugal und Slowenien	2
Brexit: Verhandlungsstand Handelsabkommen EU-UK	3
Kommission: Vorschlag für den EU-Haushalt 2021	3
Konferenz zur Zukunft Europas: Start verschoben	4
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>4</b>
Kommission: Stärkung des Notfallprogramms RescEU	4
Barrierefreiheit: Access City Award 2021	5
Förderaufruf: Kulturprojekte für Europäische Solidarität	5
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>6</b>
Green Deal: Konsultation zur EU-„Renovierungswelle“	6
Green Deal (II): EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen	6
Wettbewerb: Grüne Hauptstadt Europas 2023 und Grünes Blatt 2022	7
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>7</b>
EU-Verkehrsnetz: Einigung zur Straffung der Genehmigungsprozesse	7
Schienerverkehr: Aktionsjahr 2021 nimmt Gestalt an	8
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>8</b>
Horizont Europa: F+I-Mission zu 100 klimaneutralen Städten	8
Digitalisierung: Konsultation zum „Digital Service Act“	9
Ranking: EU-Fortschrittsindex DESI und Innovationsmonitoring 2020	9
<b>Folgen Sie uns auf Twitter</b>	<b>11</b>



## Aktuelles aus der EU

---

### Ratspräsidentschaft: Programm Deutschland, Portugal und Slowenien

Mit dem 1. Juli 2020 hat Deutschland bis zum Ende des Jahres den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Deutschland startet damit das Programm der Trio-Ratspräsidentschaft Deutschland – Slowenien – Portugal.

Am 16. Juni 2020 wurde das [gemeinsame Programm](#) auf einem Treffen der Minister für Europaangelegenheiten vorgestellt. Die Inhalte der Ratspräsidentschaften sind geprägt von der COVID-19-Pandemie und deren Folgen.

Im Vordergrund stehen daher Krisenmanagement und der wirtschaftliche Wiederaufbau. So bilden die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 mit dem EU-Wiederaufbaufonds wichtige Meilensteine. Auch die zukünftigen Beziehungen der EU zu Großbritannien haben einen hohen Stellenwert im Programm. Inhaltlich wollen die drei Ratspräsidentschaften dabei unterstützen, die strategische Agenda der EU für 2019-2024 umzusetzen, die die Staats- und Regierungschefs im letzten Jahr beschlossen haben (s. [Europa Info 5/2019, S. 3](#)) Dazu gehören die Themen Zukunftskonferenz (vgl. S. 4), Klima, Wettbewerbsfähigkeit, Digitales, Soziales und die Rolle Europas in der Welt.

Das deutsche Präsidentschaftsprogramm bis Ende des Jahres steht unter dem Titel „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ und soll vor allem Fortschritte beim Klimaschutz, der Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt erzielen.

Im Bereich Klimaschutz steht mit der Umsetzung der Green-Deal-Strategie der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft im Vordergrund. Deutschland wolle die Beratungen für ein europäisches Klimaschutzgesetz intensiv fortführen. Das Ziel sei, Europas Klimaneutralität bis 2050 verbindlich festzuschreiben und die Ziele für 2030 anzupassen.

Die Digitalisierung umfasse sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft: Europa müsse technologisch und digital souverän werden. Ein Beispiel stelle der Aufbau einer sicheren und vertrauenswürdigen europäischen Dateninfrastruktur dar.

Im Rahmen der Ratspräsidentschaft wolle sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Europa eine starke Stimme für den Schutz der Menschenwürde, die Demokratie und die Freiheit sei. Afrika stelle ein außenpolitischer Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft dar, aber auch die Beziehungen zu China und Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte werden im Fokus stehen.

Weitere Informationen unter [www.eu2020.de](http://www.eu2020.de)

Hintergrund:

Ein EU-Mitgliedstaat mit Vorsitz der Ratspräsidentschaft leitet die Sitzungen des Rates der Europäischen Union. Deutschland ist somit derzeit u. a. dafür verantwortlich, dass EU-Rechtsvorschriften vorangebracht werden und das Gesetzgebungsverfahren ordnungsgemäß eingehalten wird. Die Gesamtkoordinierung in der Bundesregierung liegt beim Auswärtigen Amt.



Um bestimmte Themen über einen längeren Zeitraum verfolgen zu können, kooperieren immer drei Staaten für den Zeitraum von 18 Monaten im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes. Sie bilden die sogenannte „Trio-Präsidentschaft“.

## Brexit: Verhandlungsstand Handelsabkommen EU-UK

Am 15. Juni 2020 kam der Premierminister des Vereinigten Königreichs, Boris Johnson, per [Videokonferenz](#) mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, zusammen. Ziel war es, einer Einigung über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien näher zu kommen.

Die Videokonferenz brachte zwar keinen Durchbruch, doch die Verhandlungen sollen in den kommenden Wochen intensiviert werden. Es wurden weitere Treffen für Juli 2020 verabredet.

Hintergrund:

Bis zum 1. Juli 2020 wäre es dem Vereinigten Königreich möglich gewesen, einvernehmlich mit der EU die bis Ende des Jahres laufende Übergangsphase um bis zu zwei weitere Jahre zu verlängern. Das Vereinigte Königreich hatte sich bereits im Vorfeld dazu entschieden, keine Verlängerung der Übergangsfrist zu beantragen. Dies bedeutet, dass Großbritannien am 1. Januar 2021 vollständig aus dem Binnenmarkt und der Zollunion ausscheidet. Um wirtschaftliche Verwerfungen zu vermeiden, sollte bis dahin ein Handelsabkommen geschlossen werden. Ein Verhandlungsabschluss ist bis Ende Oktober erforderlich, um die notwendigen Ratifizierungsprozesse rechtzeitig abschließen zu können.

## Kommission: Vorschlag für den EU-Haushalt 2021

Die Europäische Kommission hat am 24. Juni 2020 einen Vorschlag für den [EU-Haushalt 2021](#) mit einem Volumen in Höhe von 166,7 Mrd. Euro präsentiert. Dieser soll noch mit weiteren 344 Mrd. Euro, bestehend aus 211 Mrd. Euro Zuschüssen und 133 Mrd. Euro Darlehen aus dem vorgeschlagenen EU-Recovery-Fund, aufgestockt werden (siehe auch [Europa Info 5/2020, S. 2](#)).

Der Jahreshaushalt 2021 wird der erste der neuen Kommission von der Leyens und auch der erste nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU sein.

Die im Haushaltsentwurf enthaltenen Schwerpunkte sollen dabei unterstützen, die Herausforderungen in den Bereichen Digitalisierung, Klimaschutzpolitik, Mobilitätswandel und nachhaltige Energiewende anzugehen. Zu den wichtigsten Förderprogrammen zählen:

- ★ 1,34 Mrd. Euro für das Programm „Digitales Europa“;
- ★ 3 Mrd. Euro für die Fazilität „Connecting Europe“ zugunsten einer modernen, leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur mit besseren grenzüberschreitenden Verbindungen;
- ★ 2,89 Mrd. Euro für Erasmus+ als Investition in die Jugend sowie 306 Mio. Euro für die Kultur- und Kreativbranche im Rahmen von „Kreatives Europa“;
- ★ 55,2 Mrd. Euro für die Gemeinsame Agrarpolitik;



- ★ 17,3 Mrd. Euro für das Forschungsprogramm „Horizont Europa“;
- ★ 47,15 Mrd. Euro für die Kohäsionspolitik (u. a. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds).

Der Entwurf fußt auf dem Vorschlag, den die Kommission am 27. Mai 2020 für den nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 vorgelegt hatte (siehe auch [Europa Info 5/2020, S. 2](#)). Auf dem nächsten Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU am 17. und 18. Juli 2020 soll der Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert werden. Je nach Verhandlungsergebnis werden die Zahlen des Haushalts für 2021 daher noch angepasst.

## Konferenz zur Zukunft Europas: Start verschoben

Die geplante [Konferenz zur Zukunft Europas](#) konnte bedingt durch die COVID-19-Pandemie nicht wie geplant zum Europatag am 9. Mai 2020 starten. Vermutlich wird der Startschuss nun im zweiten Halbjahr 2020 fallen. Dabei werden v. a. zu Beginn digitale Formate Anwendung finden.

Die Mitgliedstaaten haben am 24. Juni 2020 in einer [Ratsposition](#) ihre Vorstellungen zu dieser Konferenz bekräftigt (vgl. [Europa Info 01/2020, S. 2](#)). Der Rat spricht sich neben der gemeinsamen Verantwortung aller EU-Institutionen und der Einbindung der Zivilgesellschaft für einen „policy first“-Ansatz aus, bei dem v. a. die thematischen Zukunftsherausforderungen im Zentrum stehen sollen. Eine Diskussion institutioneller Reformen ist nicht vorgesehen - der Rat betont explizit, dass die bestehenden EU-Verträge genug künftigen Handlungsspielraum lassen würden und die Konferenz nicht unter Artikel 48 EUV falle, welcher das Verfahren für Vertragsänderungen umreißt. Weitere Informationen bietet eine englischsprachige [Pressemitteilung](#) des Rates.

Hintergrund:

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein zentraler Baustein [der sechs Arbeitsschwerpunkte](#) der neuen EU-Kommission nach der Europawahl 2019.

## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

### Kommission: Stärkung des Notfallprogramms RescEU

Im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ (vgl. [Europa Info 5/2020, S.2](#)) hat die Europäische Kommission vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie vorgeschlagen, das [grenzüberschreitende Programm für europäischen Katastrophenschutz rescEU](#) für die Jahre 2021-2027 auszuweiten.

Insgesamt 3,1 Mrd. Euro sollen zur Verfügung gestellt werden, um schneller reagieren zu können, wenn grenzüberschreitende Notfälle auftreten. Das Spektrum umfasst medizinische, chemische, biologische, radiologische und nukleare Notfälle.



Mit dem Geld sollen zudem Reserven für strategische Ausrüstung beschafft werden. Dazu gehört auch die Finanzierung von Waldbrandbekämpfungsflugzeugen, Hochleistungspumpen, Kapazitäten zur Suche und Rettung in Städten, Feldlazaretten und Notärzteteams.

Bereits 2019 hatte die EU-Kommission eine erste Flotte zur Wald- und Flächenbrandbekämpfung zusammengestellt. Neben der Einrichtung der rescEU-Flotte werde auch die Überwachungs- und Koordinierungskapazität gestärkt. Dazu gehört das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (Emergency Response Coordination Centre, ERCC), welches durch ein Unterstützungsteam aus nationalen Experten unterstützt werde.

## Barrierefreiheit: Access City Award 2021

Städte, die in vorbildlicher Weise die Barrierefreiheit fördern und somit allen Menschen den gleichen Zugang zu den städtischen Ressourcen und Freizeitangeboten bieten, können sich zum **9. September 2020** auf den „[Access City Award](#)“ 2021 bewerben.

Voraussetzung ist eine Einwohnerzahl von mind. 50.000 Personen. Die Teilnahme erfolgt via englischsprachigem [Online-Formular](#) (eine Bewerbung ist aber auf Deutsch möglich). Der Titel, gemeinsam von EU-Kommission und dem Europäischen Behindertenforum vergeben, ist mit folgenden Preisgeldern dotiert: 150.000 Euro (1. Preis), 120.000 Euro (2. Preis), 80.000 Euro (3. Preis). Außerdem wird 2021 ein (undotierter) Sonderpreis für die Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten der COVID19-Pandemie vergeben. Weitere Informationen finden sich in den [Wettbewerbsregeln](#).

Sieger beim diesjährigen Wettbewerb war [Warschau](#), 2016 belegte Wiesbaden den zweiten Platz.

## Förderaufruf: Kulturprojekte für Europäische Solidarität

Die European Cultural Foundation ([ECF](#)) hat einen Förderaufruf gestartet, in dem innovative Kulturprojekte gefördert werden, die auf die Stärkung der europäischen Solidarität in Zeiten der Krise hinwirken. Gefördert werden Projekte, die sich die europäische Kultur der Solidarität oder den grenzüberschreitenden kulturellen Austausch als Ziel gesetzt haben.

Einen Antrag stellen können sowohl natürliche als auch juristische Personen, d. h. Kommunen, Vereine oder Verbände.

Es gibt drei Förderkategorien:

- ★ klein: bis zu 12.500 Euro
- ★ mittel: 12.000 – 25.000 Euro
- ★ groß: 25.000 – 40.000 Euro

Antragsfrist ist der **14. Juli 2020**, weitere Antragsrunden sollen folgen.

Bewerbungen können über das [Onlineportal](#) eingereicht werden. Weitere Informationen zum Förderprogramm finden sich im [Bewerbungsleitfaden](#).

# Energie, Klima und Umwelt

---

## Green Deal: Konsultation zur EU-„Renovierungswelle“

Im Rahmen einer sogenannten „Renovierungswelle“ möchte die EU-Kommission eine Verdopplung der Renovierungsquote für den öffentlichen und privaten Gebäudebestand in Europa anstoßen. In Vorbereitung einer im Green Deal für das 3. Quartal 2020 angekündigten Initiative ist bis zum **9. Juli 2020** eine umfangreiche [Online-Konsultation](#) geöffnet (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2).

Die Kommission fragt in 15 Schwerpunktbereichen u. a. Einschätzungen zu bestehenden Hürden, ermöglichenden Faktoren, potenziellen Unterstützungsmaßnahmen, intelligenten Technologien, Energiearmut und Best Practices in Wohnsektor, KMU, Industrie und für die öffentliche Hand ab. Von besonderem Interesse könnte der Teilbereich 8 zur Rolle nationaler, regionaler und lokaler Verwaltungen sein. Eine Beantwortung, auch nur von ausgewählten Teilbereichen, ist auf Deutsch möglich.

## Green Deal (II): EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen

Um eine einheitliche Anwendung des Begriffs der Nachhaltigkeit bei Investitionsentscheidungen in Europa zu gewährleisten, haben die EU-Institutionen eine sogenannte Nachhaltigkeitstaxonomie erarbeitet. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union bestätigten einen entsprechenden [Kompromisstext](#) am 18. Juni bzw. 15. April 2020 ([Vorgang 2018/0178\(COD\)](#)).

Die Verordnung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen legt fest, dass eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig gilt, wenn sie:

1. einen Beitrag zu einem oder mehreren in der Taxonomie festgelegten Umweltzielen leistet;
2. nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines oder mehrerer anderer festgelegter Umweltziele führt;
3. den internationalen Mindestschutzkriterien des Arbeits- und Menschenrechts entspricht;
4. in Einklang mit weiteren technischen Evaluierungskriterien steht, für die von der EU-Kommission jeweils delegierte Rechtsakte erlassen werden.

Die in der Taxonomie festgelegten Umweltziele sind:

- ★ Klimaschutz
- ★ Anpassung an den Klimawandel
- ★ Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
- ★ Übergang zur Kreislaufwirtschaft
- ★ Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung
- ★ Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und von Ökosystemen.

Was genau unter diesen Umweltzielen verstanden wird, spezifizieren die Artikel 6 bis 11 der Verordnung. Sie gilt für Finanzmarktteilnehmer, die Finanzprodukte bereitstellen und entsprechende mitgliedstaatliche



Anforderungen. Allerdings wird in der EU-Green-Deal-Strategie und im Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa eine Ausweitung der Taxonomie als Blaupause für eine allgemeinere Nachhaltigkeitsdefinition auf die Tätigkeiten des öffentlichen Sektors vorgeschlagen (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2 und [Europa Info 01/2020](#), S. 5).

Der Rechtstext muss nun im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden und tritt dann binnen 20 Tagen in Kraft.

## Wettbewerb: Grüne Hauptstadt Europas 2023 und Grünes Blatt 2022

Auch für 2023 sucht die EU-Kommission wieder eine „[grüne Hauptstadt](#)“ Europas, die sich in ganzheitlichem Maße und in besonderer Weise um ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit bemüht. Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern können sich bis zum **28. Oktober 2020** auf den mit 600.000 Euro dotierten öffentlichkeitswirksamen Titel [bewerben](#).

Die Bewertung erfolgt in zwölf Herausforderungsbereichen wie Luftreinhaltung, Lärmschutz, Naturschutz und Biodiversität, Flächennutzung oder nachhaltige Mobilität. Neben dem bisher letzten Gewinner aus Deutschland, Essen (2017), wurden zuletzt die Städte Lahti (Finnland, 2021), Lissabon (Portugal, 2020) und Oslo (Norwegen, 2019) ausgezeichnet.

Parallel vergibt die EU-Kommission außerdem zum selben Stichtag die mit 200.000 Euro dotierte „[Green Leaf](#)“-Auszeichnung für 2022 an zwei Städte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern. Hier gibt es sechs ähnlich gelagerte Bewertungskategorien. Weitere Informationen zur [Bewerbung](#) finden sich [online](#). Die aktuellen Titelträger sind Limerick (Irland) und Mechelen (Belgien).

## Verkehr und Mobilität

### EU-Verkehrsnetz: Einigung zur Straffung der Genehmigungsprozesse

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union einigten sich am 9. Juni 2020 auf Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Transeuropäischen Verkehrsnetz [TEN-V](#) (Vorgang [2018/0138/COD](#)).

Anders als von der EU-Kommission vorgeschlagen, handelt es sich in der englischsprachigen [Kompromissversion](#) nicht um eine unmittelbar bindende Verordnung, sondern lediglich um eine Richtlinie – explizit ohne Auswirkungen auf finanzielle Entscheidungen (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 6). Die in der [TEN-V Verordnung](#) identifizierten Infrastrukturvorhaben von besonderem europäischen Interesse (bspw. ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim) sowie Kernnetzvorhaben mit einem Volumen von über 300 Mio. Euro müssen in den nationalen Verfahren künftig vorrangig behandelt werden. Ein entsprechendes Genehmigungsverfahren soll nicht länger als vier Jahre dauern. Bei grenzüberschreitenden Vorhaben können die tangierten Staaten eine gemeinsame „zuständige Behörde“ einrichten. Innovative Maßnahmen und die Telematics-Einführung sind ausgenommen.



Der Kompromiss räumt die im Gesetzgebungsprozess u. a. auch vom Europabüro FrankfurtRheinMain hinsichtlich des Kommissionsvorschlags geäußerten [Bedenken](#) vollständig aus. Diese politische Einigung muss nun vom Europäischem Parlament und Rat noch formal bestätigt werden.

## Schieneverkehr: Aktionsjahr 2021 nimmt Gestalt an

Der Rat der Europäischen Union hat seine Vorstellungen zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 mit einem [Verhandlungsmandat](#) für die deutsche Ratspräsidentschaft umrissen (vgl. [Europa Info 03/2020](#), S. 3). Das Aktionsjahr soll explizit zur Modernisierung der Züge und zum Ausbau der Schieneninfrastruktur für die Stärkung des grenzüberschreitenden Bahnfernverkehrs sowie zur Förderung integrierter Informations- und Ticketingsysteme beitragen. Der Rat schlägt außerdem ein Nachhaltigkeitslabel für Unternehmen vor, die ihre Logistik über die Schiene abwickeln.

Auf dieser Grundlage soll die Bundesregierung auf eine Einigung mit dem Europäischen Parlament zu einer finalen Entscheidung über das Konzept hinwirken ([2020/0035\(COD\)](#)). Die deutsche Ratspräsidentschaft plant für den 21. September 2020 außerdem ein Ministertreffen zum Schienenverkehr, bei dem insbesondere der Schienengüterverkehr und Initiativen zur Stärkung des europaweiten Bahnschnellverkehrs besprochen werden sollen.

Mehr Informationen in der englischsprachigen [Pressemitteilung](#) des Rates.

## Wirtschaft, Forschung und Innovation

### Horizont Europa: F+I-Mission zu 100 klimaneutralen Städten

Ein von der EU-Kommission eingesetztes Expertengremium („[Missionboard](#)“) veröffentlichte am 31. Mai 2020 einen vorläufigen englischsprachigen [Bericht](#) zur Gestaltung der europäischen Städte Mission unter dem Programm „[Horizont Europa](#)“ ab 2021. Diese Forschungs- und Innovationsmission mit dem Titel „[100 klimaneutrale Städte für und mit den Bürgerinnen und Bürgern](#)“ soll die von der EU-Kommission angestrebte allgemeine Klimaneutralität (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2) schon 2030 in ausgewählten Städten exemplarisch umsetzen und diese Kommunen bei der entsprechenden Transformation unterstützen.

Unter „Stadt“ können dabei ganz explizit nicht nur die Gesamtheit einer Kommune, sondern auch Stadtviertel oder Gemeindeverbände des funktionalen Raums mit einer gemeinsamen politischen Steuerungsinstanz verstanden werden. Die innovativen, anwendungsorientierten Lösungen auf dem Weg zur Treibhausgas-Nullemission müssen neue Formen der partizipativen Steuerung, ein nachhaltiges Wirtschafts- und Finanzierungsmodell, ein umfassendes Innovationsmanagement, eine integrierte Stadtplanung und die Nutzung digitaler Technologien, Plattformen und Daten umfassen. Dies wird mindestens folgende thematischen Handlungsfelder betreffen:

- ★ Energieeffizienz/Nullemissionsgebäude,
- ★ Erneuerbare Energien/Elektrifizierung,





- ★ Effiziente und saubere Mobilität,
- ★ Kreislaufwirtschaft und
- ★ Beschäftigung mit dem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Gigabit-Gesellschaft.

Zur Umsetzung sollen sogenannte „Climate City Contracts“ (CCC) als umfassende, integrierte Strategiedokumente für jede Missions-Stadt erstellt werden. Bestandteil der CCCs sind eine individuelle Problemanalyse, konkrete Maßnahmen und eine entsprechende Finanzplanung bis 2030. Eine besondere Bedeutung muss der Aktivierung und Einbindung der Bürgerschaft bzw. der organisierten Zivilgesellschaft sowie der Koordinierung innerhalb der Stadt und der Abstimmung mit höheren politischen Ebenen zukommen (Region/Land, Bund und EU-Kommission).

Nach einer öffentlichen Konsultationsphase wird das finale Konzept der Städte-Mission im September 2020 an die EU-Kommission übergeben, die bis Ende 2020 einen konkreten Aufruf veröffentlicht. Auf diesen können sich interessierte Städte 2021 bewerben. Bei der Auswahl der 100 sollen „Städte“ aller Größe, Typen und strukturellen Herausforderungen aus allen EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Dabei wird nicht nur das bislang Erreichte, sondern auch das Ambitionslevel, die politische Unterstützung sowie ein überzeugendes Konzept für die nächsten zehn Jahre ausschlaggebend sein.

Die wesentlichen Punkte des Berichtes haben wir in einem [Faktenblatt](#) zusammengefasst.

Hintergrund:

Auch 2021-2027 wird es mit „Horizont Europa“ ein europäisches Forschungs- und Innovationsprogramm geben (vgl. [Europa Info 04/2019](#), S. 4). Um dieses Programm für die Öffentlichkeit sichtbarer zu machen, werden europäische [Forschungs- und Innovationsmissionen](#) neu eingeführt, in denen viele verschiedene Akteure dauerhaft gemeinsam an Lösungen für fünf gesellschaftlich besonders relevante Herausforderungen arbeiten. Hierfür könnten bis zu 10 % des „Horizont Europa“-Budgets verwendet werden (ca. 10 Mrd. Euro).

## Digitalisierung: Konsultation zum „Digital Service Act“

Bis zum **8. September 2020** bittet die Europäische Kommission im Rahmen einer offenen [Konsultation](#) um eine Einschätzung zum künftigen EU-Rechtsrahmen für digitale Dienste. Dabei stehen vor allem Wettbewerbsfragen im digitalen Binnenmarkt und die Pflichten der Betreiber von Onlineplattformen, u. a. mit Blick auf den Datenschutz, die Datensicherheit und den Umgang mit Desinformation im Fokus. Eine Beantwortung ist auf Deutsch möglich.

Die Ergebnisse dieser Befragung werden in die Vorbereitung des „[Digital Service Act](#)“ einfließen, der einen wesentlichen Baustein der im Februar 2020 vorgestellten EU-Datenstrategie darstellt und die bisherige [e-Commerce Richtlinie](#) ersetzen soll (vgl. [Europa Info 02/2020](#), S. 7).

## Ranking: EU-Fortschrittsindex DESI und Innovationsmonitoring 2020

Mit dem EU-Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft ([DESI](#)) misst die EU-Kommission jährlich den Fortschritt auf dem Weg ins digitale Zeitalter in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Im Jahr 2020 liegen in den Kategorien Konnektivität, Humankapital, Nutzung internetbasierter Dienstleistungen, digitale Anwendungen in Unternehmen und Verwaltungsdigitalisierung mit Finnland, Schweden und Dänemark drei skandinavische Staaten an der Spitze, während Deutschland nach wie vor im Mittelfeld rangiert (12 von 27).



Auf der [DESI-Übersichtsseite](#) können neben einer umfassenden [europaweiten Analyse](#) der Status Quo und die Fortschritte nach [Einzelkategorien](#) und [Mitgliedstaaten](#) gesondert betrachtet werden.

In [Deutschland](#) bleiben die Verwaltungsdigitalisierung und digitale Anwendungen in Unternehmen weiterhin verhältnismäßig unterentwickelt (Platz 21 und Platz 18), während die Bundesrepublik beim allgemeinen Breitbandausbau, auch im ländlichen Raum, einen großen Sprung gemacht hat (Konnektivität von Platz 14 auf 8). Bei einem verhältnismäßig hohen Humankapital und Spitzenwerten in den Voraussetzungen zum 5G-Ausbau, gibt es aber weiter Defizite gerade bei der Netzabdeckung mit besonders hochleistungsfähigem Internet (VHCN). U. a. an diesem Punkt setzt die [Gigabitregion FrankfurtRheinMain](#) an.

Außerdem wurde am 23. Juni mit dem EU-„[Innovation Scoreboard](#)“ das vergleichende Ranking der Forschungs- und Innovationsleistung in den Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Bei allgemein steigenden Werten kann Deutschland mit einem eher gleichbleibenden Ergebnis seine überdurchschnittliche Position verteidigen, verpasst aber den Anschluss an die Gruppe der fünf Innovationsführer in Europa (DK, FI, LU, NE, SE). Am schwächsten sind u. a. die Kriterien „attraktives Forschungssystem“ und „innovationsfreundliches Umfeld“ ausgeprägt.

## Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist nun auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

**FrankfurtRheinMain**

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

381 Folge ich 605 Follower



[@RegionFrankfurt](#)

**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 19. Juni

Herzliche Einladung! Abschlusswebinar unseres #DREAAAMproject zur #Fachkräftesicherung in #Flughafenregionen am 25. Juni: [europabuero-frm.de/Unser-Service/... @AirportRegions](#)

ZURÜCK ZUR NEWS-ÜBERSICHT

17.06.2020

**DREAAAM: Abschluss-Webinar am 25. Juni 2020**

Flughäfen sind nicht nur Knotenpunkt für Tourismus, Geschäftsreisen und Logistik – sie sind auch bedeutende lokale Arbeitsstätten. Die Themen Ausbildung und Fachkräftesicherung sind somit elementar in Flughafenregionen. In den vergangenen zwei Jahren haben deshalb sieben europäische Flughafenstandorte im Rahmen des EU-Förderprojekts »DREAAAM« zusammengearbeitet und bei verschiedenen Austauschtreffen jeweils ihre Ausbildungs- und Beschäftigungspraktiken vor Ort vorgestellt und diskutiert.

2

**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 15. Juni

Auch den Überblick verloren, wohin man in Europa unter welchen Auflagen reisen darf? Die EU-Kommission hat ein neues #Informationsportal geöffnet, auf dem alle aktuellen #Reiseinformationen zentral einsehbar sind: [reopen.europa.eu/de](#)

**European Commission** @EU\_Commission · 15. Juni

Eager to reunite with friends and family abroad? To plan your summer holidays?

We are launching [reopen.europa.eu](#) a website in all EU languages that provides real-time essential travel information so you start exploring Europe safely again.

#EUtourism

**What European countries can I travel to this summer?**